

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 59. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 7. November 2013

1. Abgeordnete

Ulla Brede-Hoffmann,
Michael Hüttner und
Fredri Winter (SPD)

Raderlebnistag „Tal total“ nicht mehr autofrei

Die für den Raderlebnistag „Tal total“ verantwortliche Romantischer Rhein Tourismus GmbH plant mit ihrem Konzept „Tal total II“, den Raderlebnistag künftig auf den vorhandenen Radwegen und nicht mehr auf gesperrten Straßen stattfinden zu lassen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das Vorhaben, den Raderlebnistag auf den vorhandenen Radwegen durchzuführen?
2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Veranstaltung für die touristische Bedeutung und Bekanntheit der Gesamtregion Mittelrhein bei?
3. Inwiefern teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass der Raderlebnistag „Tal total“ als Breitensportveranstaltung besonders für Familien von großer Bedeutung ist?

2. Abgeordnete

Julia Klöckner und
Matthias Lammert (CDU)

Sicherung der Kommunikation der Landesregierung gegen Spionage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat die Landesregierung bzw. das Innenministerium die Abhörsicherheit der dienstlichen Mobiltelefone der Mitglieder der Landesregierung überprüft bzw. wird sie überprüfen?
2. Besitzt die Landesregierung Mobiltelefone mit Verschlüsselungstechnik, welche durch das BSI eine Freigabe für VS-NfD haben?
3. Findet eine regelmäßige Überprüfung der Computersysteme der Landesregierung und ihrer Ministerien auf Spähprogramme statt und werden die Mobiltelefone der Mitglieder der Landesregierung regelmäßig auf Spähprogramme/Trojaner kontrolliert?
4. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, dass Gespräche im Umfeld der Landesregierung durch beispielsweise IMSI-Catcher abgehört wurden?

3. Abgeordneter

Dietmar Johnen
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bauvorhaben Legehennenstall in Birresborn

Die niederländische Holdinggesellschaft der Brüder Johann und Pieter Smits plant seit einiger Zeit in der Gemarkung Birresborn in dem 3,5 Hektar großen, leer stehenden Gewerbegebiet „Auf dem Boden“ drei Stallungen mit je 110 000 Legehennen zu errichten. Am 21. Oktober 2013 wurden erstmals die Anwohner über das Vorhaben informiert. Geplant ist eine „mehrstöckige Bodenhaltung in Volieren“ mit 18 Hennen pro Quadratmeter ohne jeglichen Auslauf. Im Produktionsbetrieb werden mindestens 25 Lkws pro Woche die Ställe anfahren, um Kot, Futtermittel, Eier, tote Tiere, Schlachttiere und Junghennen zu transportieren. Neben dem niederländischen Betriebsleiter sollen acht regionale Voll- und Teilzeitjobs entstehen, die nach Angaben der Journalistin Angelika Koch in „lokal.de“ als „besonders geeignet für Eifeler Hausfrauen und gering Qualifizierte“ dargestellt wurden. Zudem liegt das Gewerbegebiet im Wald, der teilweise naturschutzrechtlich geschützt ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was versteckt sich hinter dem Begriff „mehrstöckige Bodenhaltung in Volieren“?
2. Wie ist die Legehennenhaltung in Rheinland-Pfalz strukturiert?
3. Welche Auswirkungen sind auf die umliegenden Eierproduzenten zu erwarten?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Problematik, dass durchschnittlich neben jedem Legehuhn ein sogenanntes Bruderküken getötet wird, weil es für die männlichen Küken der Legehennen-Rassen keine wirtschaftliche Verwendung gibt?

**4. Abgeordneter
Christian Baldauf (CDU)****Vertretbare Energiepreise durch zügige Neuordnung des EEG**

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Vorschläge der Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, stärker auf den Erhalt fossiler Kraftwerke als Grundlastgarant zu setzen?
2. Welche konkreten Vorschläge wird die Landesregierung auf Bundesebene einbringen, um das EEG verbraucherfreundlich zu verändern?
3. Wie steht die Landesregierung dazu, auch die bereits installierten Anlagen durch eine Abgabe oder ähnliches zu belasten, um den Strompreis für den Verbraucher zu senken?
4. Welche Ausnahmetatbestände unterstützt die Landesregierung in welcher Form für energieintensive Unternehmen, damit der Deindustrialisierung entgegengewirkt wird?

**5. Abgeordnete
Margit Mohr und
Jens Guth (SPD)****Unternehmen investieren in Rheinland-Pfalz**

In den vergangenen Monaten haben bedeutende Unternehmen in Rheinland-Pfalz große Investitionen getätigt. So investierte u. a. Opel am Standort Kaiserslautern und Haribo in der Gemeinde Grafschaft (Kreis Ahrweiler).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diese Investitionen?
2. Wie viele Arbeitsplätze entstehen voraussichtlich aufgrund der Investitionen der oben genannten Firmen?
3. Sind der Landesregierung weitere (große) Investitionsvorhaben in Rheinland-Pfalz bekannt?

**6. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros und
Matthias Lammert (CDU)****Entwicklung der Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Einbrüche in Wohnungen und Geschäftsräume in den vergangenen drei Jahren entwickelt (einzeln aufgeführt nach Bereichen der Polizeipräsidien)?
2. Welche regionalen Schwerpunkte sind bei diesen Delikten ersichtlich?
3. Wie hat sich die Aufklärungsquote in den vergangenen drei Jahren entwickelt?
4. Welche Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen ergreift das Land, um Einbrüche zu verhindern?

**7. Abgeordnete
Daniel Köbler und
Ulrich Steinbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Auswirkungen des Kommunalen Entschuldungsfonds auf die Haushaltssituation der Kommunen in Rheinland-Pfalz**

Das Land hat auf die teilweise sehr hohen Liquiditätskredite (früher: Kassenkredite) der Kommunen mit der Einrichtung des Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) im Jahr 2011 reagiert.

Ein wichtiger Bestandteil des KEF-RP ist der im Konsolidierungsvertrag festgelegte Defizitabbau als Eigenanteil, den die beteiligten Kommunen erbringen müssen, um Mittel des Entschuldungsfonds zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Kommunen nehmen bisher am Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) teil?
2. Wie viele Mittel gibt das Land in den Jahren 2014 und 2015 für den Abbau der kommunalen Kassenkredite im Rahmen des KEF-RP aus?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen des KEF-RP auf die finanzielle Situation der beigetretenen Kommunen?
4. Welche Effekte/Auswirkungen hat der Beitritt zum KEF-RP auf die Realsteuerhebesätze in Rheinland-Pfalz?

8. Abgeordnete

**Kathrin Anklam-Trapp,
und
Peter Wilhelm Dröscher
(SPD)**

Demografiewoche in Rheinland-Pfalz

Vor dem Hintergrund der Herausforderung des demografischen Wandels und der Notwendigkeit, diesen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten, fand vom 28. Oktober bis zum 4. November 2013 die erste landesweite Demografiewoche statt. In mehr als 300 Veranstaltungen haben sich Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Organisationen mit den vielfältigsten Themen rund um den demografischen Wandel befasst.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erwägungen lagen der Entscheidung der Landesregierung zugrunde, eine landesweite Demografiewoche anzustoßen?
2. Welcher Stellenwert kommt der ersten Demografiewoche als Teil der Demografiestrategie der Landesregierung zu?
3. Wie wird die erste Demografiewoche für die weitere Ausgestaltung der Demografiestrategie der Landesregierung genutzt?

9. Abgeordnete

**Josef Dötsch und
Johannes Zehfuß (CDU)**

Mindestlohn in Landwirtschaft und Weinbau

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen sieht die Landesregierung auf die Landwirtschaft und den Weinbau durch einen, wie von ihr geforderten, gesetzlich vorgeschriebenen flächendeckenden Mindestlohn?
2. Wie will die Landesregierung den daraus resultierenden Problemen für Landwirtschaft, Obst- und Weinbau in Rheinland-Pfalz entgegen wirken?
3. Wie sollen nach Ansicht der Landesregierung die Arbeitsplätze in Landwirtschaft, Obst- und Weinbau bei Umsetzung des geforderten Mindestlohns beibehalten werden?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung nach Einführung eines gesetzlich vorgeschriebenen flächendeckenden Mindestlohns ergreifen, um den heimischen Obst- und Gemüseanbau in Rheinland-Pfalz dauerhaft zu sichern?

10. Abgeordnete

**Adolf Kessel und
Arnold Schmitt (CDU)**

Zusätzliche Kapazitäten zur Aufnahme von Asylbewerbern

Wir fragen die Landesregierung:

1. Seit wann war der Landesregierung bekannt, dass die Aufnahmeeinrichtung in Trier nicht ausreichen wird?
2. Welche verschiedenen Standorte wurden in den vergangenen Monaten landesweit auf ihre Tauglichkeit als Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende geprüft?
3. Wie viele zusätzliche Plätze werden in Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende im kommenden Jahr unter der Maßgabe gebraucht, dass die aktuelle Entwicklung der Asylanträge anhält?
4. Wie ist der aktuelle Stand der Bemühungen der Landesregierung, zusätzliche Erstunterkünfte für Asylsuchende zu schaffen?

11. Abgeordnete

**Margit Mohr und
Jens Guth (SPD)**

Kompetenzzentrum Türkei und Kompetenzzentrum Russland

Die Industrie- und Handelskammern (IHK) für die Pfalz, Rheinhessen und Saarland haben am 17. September 2013 in Ludwigshafen das gemeinsame „Kompetenzzentrum Türkei“ eröffnet. Am 3. September eröffnete die IHK Koblenz das „Kompetenzzentrum Russland“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung den wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei und Russland bei?
2. Wie bewertet die Landesregierung die beiden Kompetenzzentren?
3. Wie schätzt die Landesregierung das Beratungs- bzw. das Angebotsspektrum der beiden Kompetenzzentren ein?

12. Abgeordnete

**Gunther Heinisch und
Ruth Ratter**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Modellprojekt Alphanetz erfolgreich abgeschlossen

Am 1. November 2011 startete in Rheinland-Pfalz das Modellprojekt Alphanetz. Es wurde vom Landesverband der Volkshochschulen, der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz e. V. sowie der Landesarbeitsgemeinschaft „anderes lernen“ gemeinsam durchgeführt. Im Rahmen des Modellprojekts sollten Maßnahmen getroffen werden, um den Anteil der von funktionalem Analphabetismus betroffenen Menschen in Rheinland-Pfalz drastisch zu senken. Dazu wurden sieben regionale Netzwerke etabliert, an denen Bündnisse zwischen den für Alphabetisierung und Grundbildung zuständigen Einrichtungen und gesellschaftlichen Akteuren auf- und ausgebaut wurden. Das Modellprojekt wurde im September diesen Jahres abgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, welche Erfahrungen mit dem Modellprojekt gemacht wurden und welche Rückmeldung es seitens der teilnehmenden Bildungsträger, Institutionen und weiteren gesellschaftlichen Akteure gibt?
2. Welche zukünftigen Perspektiven sieht die Landesregierung für die Weiterführung von Alphabetisierungsprogrammen in Rheinland-Pfalz?

13. Abgeordnete

**Christian Baldauf und
Dr. Axel Wilke (CDU)**

Drogen in rheinland-pfälzischen Haftanstalten

Wie jetzt bekannt wurde, soll ein Beamter der Justizvollzugsanstalt Wittlich versucht haben, Drogen in die Justizvollzugsanstalt zu schmuggeln. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in diesem Zusammenhang wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz. Anfang Oktober soll außerdem in der gleichen Justizvollzugsanstalt ein Häftling tot in seiner Zelle aufgefunden worden sein. Es wird vermutet, dass er an einer Überdosis Drogen gestorben ist.

Vor diesem Hintergrund hat der Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) seine Forderung erneuert, in den rheinland-pfälzischen Haftanstalten Drogenspürhunde einzusetzen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Landesregierung der Anteil der drogenabhängigen Häftlinge in den rheinland-pfälzischen Haftanstalten?
2. Wie hoch sind nach Einschätzung der Landesregierung die jährlichen Kosten, die durch die Anschaffung und den Unterhalt eines Drogenspürhundes entstehen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung Modellversuche zum Einsatz von Drogenspürhunden in Haftanstalten in anderen Ländern – etwa in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf Rheinland-Pfalz?
4. Gibt die Landesregierung vor dem Hintergrund der nun bekannt gewordenen Fälle ihre bisherige, ablehnende Haltung gegenüber dem Einsatz von Drogenspürhunden im Strafvollzug auf?

14. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und
Barbara Schleicher-
Rothmund (SPD)**

Steigende Studierendenzahlen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz wird laut Angabe der Universitätsleitung in diesem Jahr eine Rekordzahl an Erstsemestern verzeichnen. Rund 4 000 Studienanfänger werden zum Wintersemester 2013/2014 ihr Studium aufnehmen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die gestiegene Studierendenzahl an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz?
2. Welche Gründe sind aus Sicht der Landesregierung für diese Entwicklung maßgeblich?
3. Wie schätzt die Landesregierung die mittelfristige Entwicklung der Studierendenzahlen ein?
4. Welche Folgen für die Wohnsituation der Studierenden sind zu erwarten?

15. Abgeordneter

Alexander Licht (CDU)

Landeshilfe für den Flughafen Hahn

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung von Vertretern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich im Koalitionsausschuss darauf geeinigt haben sollen, dem Flughafen Hahn keine weiteren staatlichen Gelder zur Verfügung zu stellen?
2. Wie weit sind die Vorbereitungen für einen Verkauf des Hunsrück Flughafens gediehen?
3. Ab welchem Zeitpunkt soll der Flughafen Hahn ohne Haushaltsmittel des Landes auskommen?

- 16. Abgeordnete**
Ruth Ratter
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ergebnisse der rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler im aktuellen Ländervergleich des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB-Ländervergleich)**
- Zum Zwecke des Bildungsmonitorings führt das IQB im Auftrag der Kultusministerkonferenz regelmäßig Ländervergleiche durch, in denen überprüft wird, inwieweit die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Länder die für alle verbindlichen bundesweiten Bildungsstandards erreichen. Am 11. Oktober 2013 wurden die Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2012 vorgestellt, in der die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler der neunten Klassenstufe untersucht wurden.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Wie sind die Befunde des Berichts zu bewerten?
 2. Auf welche landesspezifischen bildungspolitischen Rahmenbedingungen lassen sich die Ergebnisse der rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schülern zurückführen?
 3. Welche Schlüsse für die zukünftige Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz lassen sich aus den Ergebnissen des IQB-Ländervergleichs ableiten?
- 17. Abgeordnete**
Dr. Adolf Weiland und
Gerd Schreiner (CDU)
- Haltung der Landesregierung zur Ratifizierung eines Steuerabkommens mit der Schweiz**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeiten, in der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestags das Steuerabkommen mit der Schweiz in Deutschland zu ratifizieren?
 2. Unter welchen Voraussetzungen würde die Landesregierung einem Ratifizierungsgesetz im Bundesrat zustimmen?
 3. Welche Steuermehreinnahmen für das Land Rheinland-Pfalz können sich nach Einschätzung der Landesregierung bei einem Inkrafttreten des Steuerabkommens mit der Schweiz ergeben?
 4. Welche Steuermehreinnahmen für das Land Rheinland-Pfalz können sich nach Einschätzung der Landesregierung aufgrund der bisherigen Erfahrungen durch den Kauf und die Auswertung sog. „Steuer-CDs“ mit Kundendaten Schweizer Banken ergeben?
- 18. Abgeordnete**
Anke Beilstein und
Simone Huth-Haage
 (CDU)
- Klagen gegen Kostenaufteilung zwischen Land und Kommunen insbesondere bei der Finanzierung der staatlichen Kinderbetreuung**
- Mehrere kommunale Gebietskörperschaften haben sowohl Klagen gegen die Finanzierung der frühkindlichen Betreuung als auch gegen den neuen kommunalen Finanzausgleich angekündigt.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Inwieweit hat die Landesregierung die Klageankündigungen der kommunalen Seite erwartet?
 2. Wieso gelingt es der Landesregierung nicht, auf dem Verhandlungsweg sowohl eine Einigung zur Finanzierung der frühkindlichen Bildung als auch zum kommunalen Finanzausgleich herzustellen?
 3. Wird die Landesregierung die Initiative ergreifen, um die Klagen abzuwenden?
 4. Wie hoch waren bisher die vom Land bewilligten Mittel zum Ausbau der frühkindlichen Bildung, die nicht über die Projektfinanzierung des Bundes zuvor vereinnahmt wurden?
- 19. Abgeordneter**
Hans-Josef Bracht (CDU)
- Erhebung der Gewerbesteuer**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Welche Änderungen beim Verfahren der Erhebung der Gewerbesteuer erwägt oder beabsichtigt die Landesregierung?
 2. Welche Probleme hat es in den vergangenen fünf Jahren bei welchen Stellen bei der Erhebung der Gewerbesteuer in Rheinland-Pfalz gegeben?
 3. Welcher personelle und sachliche Mehraufwand wäre erforderlich, um die Erhebung der Gewerbesteuer bei der Finanzverwaltung des Landes zu konzentrieren?
 4. Welche personellen und sachlichen Veränderungen wurden bei den für die Erhebung der Gewerbesteuer zuständigen Stellen der Finanzverwaltung des Landes in den vergangenen fünf Jahren vorgenommen?

20. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Guido Ernst (CDU)

Künftige Nutzung von Facebook durch Lehrerinnen und Lehrer

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung ihre jüngste Regelung zur Nutzung von Facebook durch Lehrerinnen und Lehrer?
2. Welche Handlungen sind Lehrerinnen und Lehrern zukünftig auf Facebook untersagt?
3. Welche Verbindlichkeit haben diese Regelungen?
4. Plant die Landesregierung weitere Klarstellungen im Zusammenhang mit neuen Medien an Schulen, um Cybermobbing und neue Möglichkeiten des Leistungsbetrugs zu vermeiden?

21. Abgeordnete
Dorothea Schäfer (CDU)

Speiseplanchecks in Seniorenheimen können kein Ersatz für eingestellte Untersuchungen des LUA sein

Ich frage die Landesregierung:

1. Wenn die jetzt vorgestellten ersten Ergebnisse von Speiseplanchecks in Senioreneinrichtungen nach Ansicht von Ernährungsministerin Höfken zeigen, dass das Projekt in eine Lücke stoße, welche Lücken hat dann die Einstellung der obligatorischen Untersuchungen des LUA auf die ernährungsphysiologische Qualität der Tagesverpflegung in Gemeinschaftseinrichtungen dem gegenüber eröffnet?
2. In wie weit glaubt die Landesregierung, dass das Projekt Speiseplanchecks in Senioreneinrichtungen dem in diesem Zusammenhang bestehenden Handlungsbedarf gerecht wird, nachdem bisher erst 14 Häuser überprüft worden sind?
3. Wird in kommenden Berichten des Landesuntersuchungsamtes wieder über die Situation der Tagesverpflegung in Gemeinschaftseinrichtungen berichtet werden?